

# KEINE GRUNDSÄTZLICHE VORFAHRT FÜR GÜTERZÜGE

von Michael Cramer MEP



Mehr Güter auf die Schiene – dieses Ziel will jetzt auch die EU-Kommission mit Nachdruck verfolgen. Denn der größte Teil des europäischen Frachtverkehrs wird über die umweltschädliche Straße abgewickelt, da der Transport auf der Schiene angesichts diskriminierender Rahmenbedingungen noch immer nicht konkurrenzfähig ist. Um dem entgegenzuwirken, hat die EU-Kommission im Dezember 2008 einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, die EU-weit leistungsfähige Bahnfrachtkorridore schaffen und somit zur Verlagerung des Frachtverkehrs auf die Schiene beitragen soll. In der Praxis könnte dieser starre Ansatz auf stark

ausgelasteten Netzen wie dem deutschen Bahnnetz jedoch dem Bahnbetrieb schaden, da die Priorität für Güterzüge vor allem zu Lasten des Personenverkehrs gehen würde.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die EU eine bessere europäische Koordinierung für die Trassenvergabe vorschlägt. Wer einen Zug von Rotterdam nach Genua buchen will, soll künftig nur noch einen Ansprechpartner haben, nicht vier verschiedene Netzbetreiber. Der jetzige EU-Kommissionsvorschlag muss aber viel flexibler an diese Aufgabe herangehen. Eine grundsätzliche Vorfahrt für Güterzüge darf es deshalb nicht geben. ø

*Michael Cramer ist verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament.*

# KINDERRECHTE SIND EIN BESONDERES GUT

von Milan Horáček MEP



Die Rechte der Kinder sind besonders schützenswert. Der Berichtsentwurf »Außenmaßnahmen der EU: Ein besonderer Platz für Kinder«, der im EP-Entwicklungsausschuss diskutiert wurde, fordert eine klare Priorität für Kinder innerhalb der europäischen Politik. Im ursprünglichen Entwurf wurden viele wichtige Punkte genannt. Der Fokus liegt dort aber auf der entwicklungspolitischen Dimension.

Die Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern macht jedoch an der Grenze der EU nicht halt. Kinder erlernen ihre Verhaltensweisen aus ihrer Umgebung und von ihren Vorbildern. Es müssen daher spezifische Programme zu Asyl und Migration im Instrument für Entwicklung und Zusam-

menarbeit verankert werden, um Migrantenkindern und Kindern, die in Armut leben, konkrete Unterstützung geben zu können.

Weiterhin muss die soziale Grundfürsorge beispielsweise durch den Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen oder durch freie Essensausgabe gestärkt werden.

Aufklärungskampagnen zum verantwortungsvollen Umgang mit Internet, Computerspielen und Fernsehen sind ebenfalls vonnöten.

Die EU muss ihre Möglichkeiten nutzen und sich Politikfelder übergreifend für Kinderrechte einsetzen. Auch die Vernetzung von Initiativen, die in diese Richtung zielen, muss sie fördern. ø

*Milan Horáček ist Mitglied im Unterausschuss für Menschenrechte*



Die Grünen  
im Europäischen Parlament

## ■ Angelika Beer

»Europa im Visier der Rechtsextremen«: WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und JournalistenInnen geben in dieser Publikation eine umfassende Analyse der Strategien der extremen Rechten in Europa. Damit will Angelika Beer der extremen Rechten im Superwahljahr 2009 Paroli bieten +++ »Die Europäische Sicherheitsstrategie in der Diskussion«: Passend zur Neuausrichtung der Europäischen Sicherheitsstrategie und dem NATO-Gipfel im April zieht dieser Reader Bilanz über bisherige EU-Einsätze und weist Alternativen auf, wie das militärische und zivile Engagement der EU in Zukunft gestaltet werden kann. Mehr: [www.angelika-beer.de](http://www.angelika-beer.de)

## ■ Hiltrud Breyer

Mit der endgültigen EP-Abstimmung zur EU-Pestizidzulassung ist ein Meilenstein für den Umwelt- und Gesundheitsschutz gesetzt. Weltweit einmalig gibt es einen Ausstiegsbeschluss zu hochgefährlichen Pestiziden. Mit dieser Vorreiterrolle schafft die EU einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger. +++ Für den kommunalen Umwelt- und Verbraucherschutz ist die EU oft Motor und schafft Handlungsspielräume. Hiltrud Breyers Leitfaden »Europa und Kommunalpolitik Hand in Hand« ist eine praktische Anleitung, wie sich Kommunen mit Hilfe der EU für eine bessere Umwelt und mehr Verbraucherschutz engagieren können. Mehr: [www.hiltrud-breyer.eu](http://www.hiltrud-breyer.eu)

## ■ Daniel Cohn-Bendit

Das während des EU-Gipfels im Dezember von den Staats- und Regierungschefs beschlossene Konjunkturpaket ist von einem integrierten europäischen Wirtschaftspaket weit entfernt. Diese Addierung nationaler Maßnahmen kann kein ehrgeiziges ökologisches Erneuerungsprogramm, keinen »Grünen New Deal« einleiten. Wenn Finanzmarkt- und »»

### ■ Daniel Cohn-Bendit (Fortsetzung)

Klimakrise gleichzeitig bewältigt werden sollen, schaffen wir das nur durch den zukunftsfähigen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Das bestehende EU-Konjunkturpaket ist nichts mehr als eine Fata Morgana.

www.cohn-bendit.de

### ■ Michael Cramer

12 Milliarden Euro verursacht der LKW-Verkehr allein in Deutschland jährlich an Kosten für die Allgemeinheit, nur 3,3 Milliarden erhält der Staat durch die Maut zurück. Damit künftig auch die so genannten externen Kosten verursacht durch Stau, Lärm, Unfälle oder CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Mauthöhe berücksichtigt werden können, novelliert die EU derzeit die Eurovignetten-Richtlinie. Zentrale grüne Forderung ist die Einführung einer EU-weiten Mindest-LKW-Maut, die von den Mitgliedsstaaten erhoben werden muss. Bisher legt die EU eine Obergrenze fest, die den Transport auf der Straße künstlich verbilligt.

Mehr: www.michael-cramer.eu

### ■ Rebecca Harms

Auf Initiative der deutschen, spanischen und dänischen Regierung wurde in Bonn die »International Renewable Energy Agency« (IRENA) gegründet. Wir Grüne fordern ein europäisches Pendant, um Investitionen in Erneuerbare Energien in Europa zu erleichtern. +++ EU-Kommissar Verheugen vertritt in seinem Bericht aus dem Januar eine überholte Patentpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit am Besitz von Patenten misst. Nur durch eine grundlegende Reform können jedoch auch kleinere und mittlere Unternehmen, der Technologietransfer in Entwicklungsländer und Öko-Innovationen gefördert werden.

Mehr: www.rebecca-harms.de

### ■ Milan Horáček

Am 20. Januar war Erschreckendes aus Russland zu hören: Auf offener Straße wurden der Anwalt Stanislav Markelow und die Journalistin Anastassija Baburowa ermordet. Die Menschenrechtsslage in Russland ist also nach wie vor katastrophal. Am 28. Januar hat Präsident Medwedew die Aussetzung der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Kaliningrad angekündigt. Auch wenn jenes auf den Erfolg der Politik des Dialogs von US-Präsident Barack Obama zurückging, muss weiterhin energisch auf Menschenrechtsverletzungen in Russland hingewiesen werden. Nur so kann dem Land und dessen Menschen geholfen werden.

Mehr: www.milan-horacek.de

»»

## FREIWILLIGER EINSATZ FÜR HUNDERT MILLIONEN

von Gisela Kallenbach MEP



100 Millionen Europäer engagieren sich Jahr für Jahr freiwillig. Ohne ihr Engagement ist Zivilgesellschaft heute undenkbar. Sie arbeiten ohne Bezahlung, gewinnen aber an sozialer Kompetenz und Lebenserfahrung. Freiwillige Leistungen, etwa für benachteiligte Mitmenschen oder Umweltschutz, tragen bis zu vier Prozent zum BIP bei. Durch die demografischen Veränderungen stehen auch mehr und mehr ältere Menschen zur Verfügung.

Freiwilliges Engagement ist auf lokaler oder nationaler Ebene oft hoch willkommen. Die Wirtschaft honoriert die zusätzliche Qualifikation und Kompetenz der Dienstleistenden noch viel zu wenig. Einzelstaatliche Programme verfehlen den europäischen

Mehrwert, der durch Austausch und Vernetzung im zusammenwachsenden Europa entstehen kann.

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen auf EU-Ebene ist jedoch absehbar. Das EU-Parlament fordert mit einer Allianz europäischer Freiwilligenorganisationen, das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zu ernennen. Damit soll diesen Diensten endlich europaweit die nötige Wertschätzung und Unterstützung zuteil werden. Das trifft bei vielen Mitgliedsstaaten auf Zustimmung. Jetzt liegt der Ball bei der Kommission, die sich jedoch momentan leider noch zurückhält. Es wäre ein fatales Signal aus Brüssel, wenn im Jahr der Europawahlen das Projekt auf Eis gelegt werden würde. ∅

*Gisela Kallenbach ist Ko-Vorsitzende der Intergroup Volunteering des EU-Parlaments*

## VERANTWORTUNG FÜR GUANTANÁMO BAY

von Cem Özdemir MEP



Das Gefangenenlager Guantanamo Bay wurde zu einem Symbol für die Nichtachtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Der neue US-Präsident Barack Obama hat mit seiner Anordnung, die Militärtribunale in Guantanamo auszusetzen und das Lager innerhalb eines Jahres zu schließen, ein ebenso starkes wie notwendiges Zeichen gesetzt. Doch nicht nur die USA hat durch die Missachtung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus an Glaubwürdigkeit verloren. Auch europäische Regierungen haben sich an der Auslieferung und zum Teil sogar an der Befragung von Gefangenen beteiligt, wie der CIA-Ausschuss des Europäischen Parlaments festgestellt hat.

Damit offenbarte sich die doppelte Moral der EU, die von Beitrittskandidaten und Drittstaaten zu Recht die Einhaltung der Menschenrechte verlangt, aber diese innen schamlos selbst verletzt. Daher steht die EU nun in der Verantwortung, eine aktive Rolle zu übernehmen, um eine gemeinsame Lösung für die Gefangenen zu finden, die nicht mehr tatverdächtig sind, aber nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Auch Deutschland muss sich zügig zur Aufnahme dieser Gefangenen bereit erklären – und darf nicht wie im Falle des Bremer Deutsch-Türken Murat Kurnaz, der vier Jahre in Guantanamo inhaftiert war, einmal mehr menschenrechtlich versagen. ∅

*Cem Özdemir war stellvertretender Vorsitzender des temporären CIA-Sonderausschusses*

# DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ FÜR ALLE

von Elisabeth Schroedter MEP



Endlich hat die Kommission einen Richtlinienentwurf vorgelegt, um die Lücke in der bestehenden Antidiskriminierungsgesetzgebung zu schließen. Nun soll auch für die persönlichen Merkmale Alter, Behinderung, Religion und Weltanschauung sowie sexuelle Orientierung der effektive Zugang zu Dienstleistungen und Gütern einschließlich Wohnraum, Bildung, zu Sozialschutz, der sozialen Sicherheit und den Gesundheitsdiensten einklagbar werden. Der Feldzug der Bundesregierung gegen die neue Richtlinie scheiterte am Europäischen Parlament. Dennoch fiel der Kommissionsentwurf so moderat aus, dass das deutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

nicht geändert werden müsste. Dank uns Grünen im Europäischen Parlament konnte bereits eine breite Allianz geschmiedet und im Sozialausschuss erreicht werden, dass für behinderte und ältere Menschen Barrieren beseitigt und die vollständige gesellschaftliche Teilhabe gesichert wird. CDU/CSU-Abgeordnete hatten dagegen gestimmt und verweigern sich damit der Umsetzung der UN-Konvention für behinderte Menschen auf europäischer Ebene. Die Änderungen des Sozialausschusses ermöglichen behinderten Menschen auch einen gleichberechtigten Zugang zu allen Schulen und eröffnen ihnen damit bessere Karrierechancen. Ø

*Elisabeth Schroedter ist Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

# EUROPÄISCHE ANTWORTEN AUF DIE FINANZMARKTKRISE

von Heide Rühle MEP



Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat uns die Frage nach der Nachhaltigkeit der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft deutlich vor Augen geführt. Nun müssen auf europäischer Ebene die richtigen Konsequenzen aus den Liberalisierungsexzessen der vergangenen Jahre gezogen werden. Es muss uns unter anderem gelingen, eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht zu schaffen, die stark vernetzten Märkten und Finanzkrisen mit internationalem Ausmaß gerecht wird und dem Verbraucherschutz verpflichtet ist. Es geht dabei nicht darum, die nationalen Bankenaufsichten abzuschaffen

und kleine Sparkassen und Genossenschaftsbanken einem europäischen Kontrollregime zu unterstellen. Doch wenn das Bilanzvolumen von Banken, wie der niederländischen ING, das Zweieinhalbfache des niederländischen Bruttosozialproduktes beträgt und sie damit »too big to fail« sind, können diese nicht allein auf nationaler Ebene ausreichend kontrolliert werden. Klare Verantwortlichkeiten, Rechtssicherheit und eine stärkere Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden sind ebenso notwendig. Rating-Agenturen, Hedge-Fonds und Private Equity müssen besser reguliert werden. Ø

*Heide Rühle ist binnenmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament*



Die Grünen  
im Europäischen Parlament

## ■ Gisela Kallenbach

Die europäischen Städte sind Spiegel der Geschichte und Gegenwart des europäischen Kontinents. Heute stehen die Städte vor großen gemeinsamen Herausforderungen: Wirtschaftliche Neustrukturierung, demografischer Wandel und Klimawandel erfordern ein radikales Umdenken. Ohne das Engagement der Städte und ihrer BewohnerInnen kann kein Beschluss auf nationaler oder europäischer Ebene, sei es zu Wachstum und Beschäftigung, zum Umwelt- und Klimaschutz oder zur Nachhaltigkeit, umgesetzt werden. Die Europafraktion hat im Januar auf Initiative von Gisela Kallenbach einstimmig ein Positionspapier beschlossen. Mehr: [www.gisela-kallenbach.de](http://www.gisela-kallenbach.de)

## ■ Cem Özdemir

Die Türkei kennt eine jahrhundertealte religiöse und kulturelle Vielfalt. Zugleich werden Minderheiten noch immer diskriminiert. Das Kloster Mor Gabriel, geistliches Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen, wurde angeklagt, unrechtmäßig Land beansprucht zu haben. Heide Rühle und Cem Özdemir hatten bereits vor zwei Jahren das Kloster besucht. Nun haben sie mit einer schriftlichen Anfrage an die Europäische Kommission um Überprüfung der Anklage gebeten. Der Umgang mit dem Kloster Mor Gabriel ist ein Gradmesser für die Anerkennung der Rechte von religiösen und ethnischen Minderheiten in der Türkei. Mehr: [www.oezdemir.de](http://www.oezdemir.de)

## ■ Heide Rühle

Feinstaubbelastung: Da die Luftqualitätsstandards der EU für gefährliche Feinstaubpartikel nicht eingehalten wurden, hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen zehn Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, eingeleitet. Sinken die Grenzwerte nicht, drohen hohe Strafen. Nun müssen geeignete Maßnahmen gegen die zu hohe Belastung ergriffen werden. Mehr: [www.heide-ruehle.de](http://www.heide-ruehle.de) »»»

### ■ Frithjof Schmidt

Der lange Konflikt über die Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen geht im EP in die Schlussrunde. Zahlreiche Entwicklungsländer befürchten durch den Freihandel starke Einnahmeverluste bei ihren Zöllen und negative Effekte für ihre lokale Produktion und die Nahrungsmittelsicherheit. Frithjof Schmidt bringt gemeinsam mit Abgeordneten der PSE und der Linken eine Resolution ein, die die Entwicklungsverträglichkeit dieser Abkommen von der EU-Kommission und dem Rat einfordert. Die Konservativen und Liberalen unterstützen dagegen die schlechten Verhandlungsergebnisse der Kommission.

Mehr: [www.frithjof-schmidt.de](http://www.frithjof-schmidt.de)

### ■ Elisabeth Schroedter

Im Rahmen der Lissabonstrategie kamen die Staats- und Regierungschefs überein, die Armut in Europa bis 2010 zu verringern. Sie vereinbarten Ziele und Kriterien und verpflichteten sich auf nationale Aktionspläne. Zur Unterstützung dieser Zielsetzungen hat das Europäische Parlament angeregt, das Jahr 2010 zum »Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung« auszurufen und begleitende Kampagnen zu organisieren. Das Vorbereitungsjahr 2009 ist in Deutschland auch ein Jahr der Entscheidungen.

Mehr: [www.elisabeth-schroedter.de](http://www.elisabeth-schroedter.de)

### ■ Helga Trüpel

Der EU-Haushalt für 2009 geht in die richtige Richtung, greift allerdings viel zu kurz. Die Finanzmarktkrise und die Notwendigkeit, sowohl die Wirtschaft anzukurbeln als auch den Klimawandel zu bekämpfen, erfordern die Finanzierung eines umfassenden »Grünen New Deals«. Die Haushaltsüberprüfung muss daher genutzt werden, um den EU-Haushalt zukunftsfähiger zu gestalten und einen größeren Schwerpunkt auf ökologische Landwirtschaft, Klimaschutz, präventive Sicherheitspolitik und nachhaltige Wirtschaftsförderung zu legen sowie mehr Ressourcen für Forschung, Entwicklung, Kultur und Bildung bereitzustellen.

Mehr: [www.helgatruempel.de](http://www.helgatruempel.de)

Verantwortlich Europaseiten: Daniela Ortlauf

## GREEN NEW DEAL FOR GREENER CITIES –

### Klimawandel als Herausforderung für Lokalpolitik

4. Europäischer Grüner  
Kommunalpolitischer Kongress  
Haus der Wirtschaft, Stuttgart  
17. bis 19. April 2008

Der 4. Europäische Grüne Kommunalpolitische Kongress, der nach Wien und Barcelona vom 17. bis 19. April 2008 in Stuttgart stattfindet, steht ganz im Zeichen der aktuellen wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen. Denn nicht

Unter dem Motto »Green New Deal for Greener Cities« laden die Fraktion DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament in Kooperation mit der Europäischen Grünen Partei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion in Stuttgart Grüne KommunalpolitikerInnen aus ganz Europa ein. Mit Euch wollen wir Grüne Konzepte gemeinsam weiterentwickeln, Erfahrungen austauschen und europaweite Kontakte knüpfen.

In Plena zu Nachhaltigen Städten, dem Kampf gegen den Klimawandel und zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die lokale Wirtschaft werden Grüne kommunalpolitische Lösungen auf den Prüfstand gestellt und mit Vertretern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft diskutiert.

Ergänzt werden diese großen Debatten von Workshops zum praxisnahen Erfahrungsaustausch: über das Grüne Beschaf-

fungswesen und die kommunale Daseinsfürsorge, Städte-Partnerschaften, Frauen in der Lokalpolitik, über kommunalen Klimaschutz oder Kreative Städte. Welche Konzepte wurden bereits von den europäischen Nachbarn getestet, wie erfolgreich waren sie, was gilt es zu vermeiden? Ø

Mehr: [www.greens-efa.org/lcc](http://www.greens-efa.org/lcc)  
Oder: Lorenz Bücklein, Andreas Bühler,  
Wahlkreisbüro von Heide Rühle  
+49(0)711 - 993 59 70,  
[lcc@gruene-europa.de](mailto:lcc@gruene-europa.de)



nur die Europäische Union, sondern jeder Mitgliedsstaat und alle politischen Ebenen sind aktuell gefordert. Was kommt von den nationalen und europäischen Milliarden-Rettungspaketen in den Kommunen an? Wie können diese Mittel auf regionaler und lokaler Ebene so eingesetzt werden, dass arbeitsmarkt- und klimapolitische Probleme gleichzeitig und in kurzer Frist bekämpft werden können? Welche Lösungsstrategien existieren in den Städten und Gemeinden Europas, und welche Rolle kann und muss die Europäische Union dabei spielen?

# Green New Deal for Greener Cities

**Klimawandel als Herausforderung für Kommunalpolitik**

## **4. Europäischer Grüner Kommunalpolitischer Kongress** Stuttgart, 17. bis 19. April 2009

Im Programm:

- + Plenardebatten über Nachhaltige Städte / Klimawandel und die Kommunen / Die Finanzkrise und die lokale Wirtschaft +
  - + Workshops zu kommunalpolitischen Themen +
  - + Grüne KommunalpolitikerInnen und Best-practices aus ganz Europa +
- [www.greens-efa.org/lcc](http://www.greens-efa.org/lcc)



EUROPEAN  
GREENS

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN



Grüne Gemeinderatsfraktion Stuttgart

Die Grünen | EFA  
im Europäischen Parlament